

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 886 890

P/XVI/224 - 4. Oktober 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Zeit für Ränkespiele?</u> Die Sozialdemokratie und die Bonner Koalitionsverhandlungen	82
3 - 4	<u>Ein Dokument der Verklärung</u> Das neue ostdeutsche Arbeitsrecht	78
5 - 6	<u>Sozialpolitik als menschliche und internationale Aufgabe</u> Eine bemerkenswerte Tagung internationaler Sozialwissenschaftler	64
7	<u>Vorausschauende Planung</u> Zum Staatsvertrag zwischen Hamburg und Niedersachsen	36

* * *
* *

Zeit für Ränkespiele?

Die Sozialdemokratie und die Bonner Koalitionsverhandlungen

Von Franz Barsig

Wäre die deutsche Sozialdemokratie nicht eine Partei, die seit hundert Jahren das deutsche Schicksal mitträgt, die sich in den Stunden der Gefahr und der nationalen Not vor dieses Volk gestellt hätte; wäre sie nicht die Partei, die 1918 die Einheit des Reiches bewahrt hat, wäre sie nicht die Partei, die 1945, als alles in Trümmern lag, als erste Verantwortung übernahm und das geschlagene Volk vor der Verzweiflung bewahrte, was würde sie jetzt tun? Sie würde sich abseits stellen, sie würde den Unbeteiligten markieren und ihre Reaktionen würden aus Mann und Sport über diejenigen bestehen, die den Wahlkampf mit den Worten "Deutschland" und "Vaterland" bestritten haben. Sie würde sich die Hände reiben und minutiös Buch darüber führen, was man seit der Wahlnacht vom 17. September bei der FDP, der CDU und der CSU alles gesagt und widerrufen hat. Sie würde sich an den Wortspielen von den "Kippdemokraten" beteiligen oder sie würde bis in die Details aufheilen können, welche makabre Rolle Franz Josef Strauß seit der Wahlnacht gespielt hat.

Aber das alles sollen andere tun und vielleicht decken sie eines Tages die Karten selbst auf, wenn es nicht mehr darum gehen wird, einen möglichst hohen Anteil an dem zu ergattern, bei dem so getan wird, als gelte es bei einer Regierungsbildung nur, eine Jagdbeute zu verteidigen.

Die Sozialdemokratische Partei kann nicht so handeln. Sie kann es nicht, weil sie ihre 11 1/2 Millionen Stimmen, die sie bei den Wahlen errungen hat, als verpflichtende Verantwortung empfindet, und weil sie der Auffassung ist, dass dieses Volk sich heute schon in nationalen Notstand befindet. Was nützen heute die feinen Unterscheidungen, die Franz Josef Strauß macht, der dann für eine All-Parteien-Regierung ist, wenn der "echte nationale Notstand" ausgebrochen ist. Als wenn es einen unechten nationalen Notstand gäbe.

- * In Berlin wagen achtzigjährige Greisinnen den Sprung in die Freiheit, Menschen kriechen unter Lebensgefahr durch Stachel- drahtverhaue und die Kugeln pfeifen ihnen um die Ohren, wenn sie die Schandmauer überklettern. Der Ostblock wiederholt unermüdlich, dass der sogenannte Friedensvertrag noch vor Jahresende unterzeichnet wird und zwar - wie die neueste Lesart lautet - auch wenn es bis dahin zu Vorhandlungen mit dem Westen kommt.

Man mag sich "trüsten", dass diese These in dieser Form nur von der Sowjetionenregierung gesagt worden ist, aber dieser Frost ist makaber, wenn man sich an den 13. August erinnert.

Die ganze Weltpolitik ist in Bewegung geraten, wir können zwischen die Mühlsteine geraten, aber der Notstand ist bei Strauß natürlich noch nicht echt. Echt ist bei uns nur das Ränkespiel,

das gegenwärtig um die Regierungsbildung betrieben wird. Man hat auf einmal Zeit, obwohl man doch genau weiss, dass in der ganzen Welt eine antierende Regierung nur als eine Art technischer Administrator betrachtet wird, den man entweder politische Entscheidungen nicht zutraut oder über den man - seine politische Ohnmacht ausnützend - um so leiter hinweggeht.

Sehen das die Verantwortlichen nicht? Glauben sie weiter, dass man die Politik der Beschwichtigung gegenüber dem eigenen Volk bis ins Unendliche hinein weitertreiben kann? Am 17. Oktober tritt nicht nur der Deutsche Bundestag zusammen, sondern auch der Parteitag der KPdSU, aber man übersieht eben alles, wenn man das Palais Schaumburg für den Maßstab der Welt hält.

Am 5. September hat der Kanzlerkandidat der SPD in Dortmund zur Sache gesprochen und dargelegt, was nach dem 17. September unmittelbar geschehen müsse, damit sich unsere Position nicht noch weiter verschlechtert. Es gab viele Kommentare darüber, aber im Grunde genommen hat Willy Brandt niemand widersprochen.

- * Was ist bis heute auf diesem Gebiete geschehen? Nichts, Nichts,
- * Nichts! Was nützen die besten diplomatischen Gespräche, was nützen
- * gute Botschafter, die wir zweifellos haben, wenn sie sich nicht
- * gerade in dieser Zeit auf den Willen der ganzen Nation und auf
- * eine Regierung der nationalen Konzentration und Verantwortung
- * stützen können?

Aber angeblich gibt es ja keinen echten Totenstreich. Vielleicht werden die Blinden erst sehend, wenn in die ausgespannten Sprungtische auch sechsundachtzigjährige Männer springen müssen.

Das alles sagt eine Partei, die nicht etwa verbittert ist, denn ihr Wahlsieg und das Verhalten der anderen würden es ihr ja so leicht machen, abseits zu stehen. Sie spricht aus Verantwortung, weil sie in hundert Jahren dieses Volk noch nie im Stich gelassen hat und es als ihre Pflicht betrachtet, zu mahnen, das Satyrspiel, das über die Bonner Bühne geht, endlich zu beenden.

PS: Lieber Walter Henkels. Am 3. Oktober hast Du die SPD in Schönheit sterben sehen, sie soll Migräne und nasse Füße haben. Du irrst, lieber Freund, diese Partei ist zum Glück kerngesund und weil sie es ist, sollte man sich freuen, denn ihr liegt es daran, dass auch die Beobachter des Zeitgeschehens eines Tages nicht bis zum Hals im Meer ertrinken. Das gäbe dann eine Lungenerkrankung, oder gar die Schwindsucht.

+ + +

4. Oktober 1961

Ein Dokument der Versklavung

Wir lesen in der Wiener "Arbeiterzeitung", Zentralorgan der österreichischen Sozialisten

Die Verlierer der Betriebsratswahlen, die jetzt in Österreich stattfinden, sind die Kommunisten. Als die Wahlen begannen, hatten sie noch die Hoffnung, wenigstens ihren Stand zu halten, weil die ungerechtfertigten Preissteigerungen dieses Sommers den einen oder anderen Arbeiter doch hätten veranlassen können wieder einen kommunistischen Stimmentzettel zur Hand zu nehmen. Aber dann kamen die Ereignisse von Berlin und die Atombombenexplosionen in der Sowjetunion - und seither werden die Kommunisten bei den Betriebsratswahlen in Österreich, einige Betriebe im Ulggebiet vielleicht ausgenommen, auch noch die letzten ihnen verbliebenen Mandate los.

Dabei hätte es sicher nicht dieser neuerlichen Denaskierung des Kommunismus als eines brutalen waffenstarrenden Systems bedurft, um zu verhindern, dass die Kommunisten bei den österreichischen Betriebsratswahlen besser abschneiden als sie es verdienen. Zustände, wie sie dort herrschen, sind auch ohne Ulbrichts Betonmauer und ohne Chruschtschows Atombomben schlimm genug. Den österreichischen Arbeitern kann man da nichts vormachen, den unverlässlichen Kommunisten aber sei empfohlen, das neue Arbeitsgesetzbuch Ostdeutschlands zu studieren und die "Errungenschaften", die sich in ihm finden mit dem österreichischen Arbeits- und Sozialrecht zu vergleichen - die Augen werden ihnen geöffnet werden! Ulbrichts kommunistisches Arbeitsrecht ist eine Zumutung, ein Dokument der Versklavung.

Als in Österreich die 45-Stunden-Woche eingeführt wurde, regten sich die Kommunisten darüber auf, dass eine neue Überstundenregelung getroffen wurde: Die ersten drei Überstunden werden jetzt mit einem nur fünfundzwanzigprozentigen Zuschlag bedacht, für alle anderen Überstunden muss weiterhin der normale fünfzigprozentige Überstundenzuschlag gezahlt werden. In Ostdeutschland gibt es einheitlich nur einen Überstundenzuschlag von 25 Prozent. Die Fünftagewoche schafft das Arbeitsgesetzbuch überhaupt ab, weil, wie man erklärt, nur eine volle Arbeitswoche die Ausnützung der Maschinen und der technischen Anlagen gestattet.

Der Urlaub, dessen Ausmaß in Österreich von der Beschäftigungsdauer abhängig ist und der bis zu 24 und 30 Tagen im Jahr steigen kann - Sozialminister Prokisch hat einen Entwurf ausarbeiten lassen, demzufolge ein dreiwöchiger Mindesturlaub eingeführt werden soll -, beträgt in Ostdeutschland einheitlich nur 12 Werkstage. Das Gesetz räumt zwar den Betriebsleitungen das Recht ein, "Bestarbeitern" Zusatzurlaub zu gewähren,

doch liegt die Gewährung eines solchen zusätzlichen Urlaubes völlig im Ermessen der kommunistischen Betriebsdirektoren.

Lohnsätze und Lohnbedingungen werden in Ostdeutschland durch Gesetz festgelegt. Ulbrichts neues Arbeiterrecht bestimmt nun, dass sich die Betriebskollektivverträge an diese gesetzlich festgelegten Grenzen halten müssen. Damit wird der Lohn des Arbeiters von Faktoren abhängig, auf die er keinen Einfluss hat und auf die, sofern sie dies überhaupt versuchen, auch die sogenannten Betriebsgewerkschaftsleitungen keinen Einfluss nehmen können.

Besonders schlimm ist auch, dass das Betriebsrisiko offensichtlich auf die Beschäftigten abgewälzt wird: Das Arbeitsgesetzbuch spricht ganz offen aus, dass die Bewertung der Qualität eines Erzeugnisses von entscheidender Bedeutung für den Lohn ist. Qualitätsmängel an Arbeitstücken haben Lohnabzüge zur Folge, ja das Arbeitsgesetzbuch verpflichtet den ostdeutschen Arbeiter sogar dazu, seine Kollegen zu denunzieren: Der Arbeitnehmer muss auch vermutete Qualitätsmängel an Arbeitstücken, an denen andere Arbeiter gearbeitet haben, melden, wenn er nicht Lohnabzüge in Kauf nehmen will!

Wie die "freiwillige" Mehrarbeit, wie Ulbrichts Sonntagsschichten zustande kommen, verraten schliesslich die neuen Bestimmungen über die Sonntagsarbeit und die "Arbeitsbereitschaft" im kommunistischen Staat. Für Sonntagsarbeit wird ein 50-prozentiger Zuschlag gezahlt - in Österreich einen 100-prozentigen Zuschlag - , allerdings nur dann, wenn "die Sonntagsarbeit im Arbeitsplan nicht vorgesehen war".

Nun hindern die kommunistische Betriebsleitungen natürlich niemand, die Sonntagsarbeit eben im Betriebsarbeitsplan vorzusehen. Vielleicht noch deutlicher kommt die Rechtlosigkeit der ostdeutschen Arbeiter und die Ausbeutung, der sie ausgeliefert sind, in den Bestimmungen über die Arbeitsbereitschaft zum Ausdruck: "Soweit es die betrieblichen Aufgaben erfordern, kann im Arbeitszeitplan die Bereitschaft zur Arbeit ausserhalb der Arbeitszeit festgelegt werden", heisst es in dem neuen Arbeitsgesetzbuch.

Das sind nur einige wenige Kostproben aus einem Arbeiterrecht, das in Wirklichkeit ein einziges grosses Unrecht ist. So konnten die Kommunisten die Arbeiter aus, so zwingen sie sie, einem System gefügig zu sein, das sich nur durch Terror und Unterdrückung an der Macht halten kann.

Sozialpolitik als menschliche und internationale Aufgabe

H.Bw. Dieses Thema des Einführungskonferates war gleichsam der Leitgedanke des dreitägigen 5. Nachkriegskongresses der Internationalen Vereinigung für Sozialen Fortschritt in Berlin. Es gab aber auch den Beratungen und Gesprächen zwischen Repräsentanten der internationalen Sozialpolitik, den Vertretern der Wissenschaft und der Sozialpartner aus vielen europäischen Ländern Inhalt und Ziel.

In drei Kommissionen wurden ebenso viel grosse Probleme aus dem weiten Gebiet der Sozialpolitik behandelt. In recht offenen, aber immer sachlichen Gesprächen; in oft harten, aber immer ehrlichen Diskussionen, sollte über nationale Verschiedenheiten, über praktische und theoretische Abweichungen und über nicht zu leugnende Interessenunterschiede hinweg ein gemeinsamer Nenner gefunden und neue, grundlegende Erkenntnisse gesammelt werden: Im Sinne eines dauernden sozialen Fortschritts für alle Menschen und sozialer Sicherheit für alle Völker.

Anhand von fundierten Generalberichten standen die "Probleme der Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer" neben der Frage der "Wandlung der landwirtschaftlichen Arbeitsverfassung in der Industriegesellschaft" zur Debatte; das Arbeitsthema der dritten Kommission, "Das Lohnarbeitsverhältnis - Verschiedene Aspekte seiner Entwicklung" fand ganz besonderes Interesse. Gerade die Vielschichtigkeit dieses Problems führte zu teilweise harten Debatten zwischen den Sozialpolitikern und -Wissenschaftlern, zwischen den Soziologen verschiedener Richtungen und zwischen den Sozialpartnern. Die in dem zum Thema "Das Lohnarbeitsverhältnis" vorgelegten Generalbericht enthaltene Feststellung, dass die moderne Wirtschaft zum Dialog einlädt, charakterisiert treffend gerade die Gespräche über dieses gewiss ständig neue, immer aktuelle und sicherlich eigentlich nie endgültig zu lösende Problem.

Es ging zu weit, in diesem Rahmen auf jedes einzelne auf diesem internationalen Kongress behandelte Thema einzugehen. Eines hatten die Beratungsergebnisse in den drei Arbeitsgruppen gemeinsam: Das Streben, fern aller Sentimentalität oder Weg von gefährlicher Wirklichkeitsferne, zu einer ständig fort fortschreitenden "Vermenschlichung" des gesamten

sozialen Lebens, zu einer wachsenden "Demokratisierung des Arbeitslebens" zu kommen.

Wenn in den zum Schluss des Kongresses vorgelegten Thesen zum Begriff "Sozialer Fortschritt" die "Mitverantwortung der Industrieländer für die Entwicklungsgebiete" postuliert wird, so zeigt sich damit auch die besondere Aktualität der auf diesem Kongress behandelten Fragen. Gerade im Hinblick auf die recht unterschiedliche Entwicklung in der Welt kommt es heute zu oft recht erheblichen Differenzierungen des sozialen Fortschritts. Der Nachholbedarf am sozialen Besitzstand ist in den Entwicklungsländern enorm und umfasst Bereiche, die für die Glieder einer hochentwickelten Industriegesellschaft selbstverständlich sind.

Der Entschluss, diesen 5. Nachkriegskongress der Internationalen Vereinigung für Sozialen Fortschritt in Berlin durchzuführen, stand schon seit langem fest. Aber nach den Ereignissen des 15. August bekamen die Beratungen und Gespräche in der Berliner Kongresshalle, nur wenige hundert Meter von der Grenzwand entfernt, eine besonders aktuelle Bezogenheit zu den Problemen einer durch menschlichen Wahwitz gespaltenen Welt. Gleichsam unter den Augen eines totalitären Systems machte sich dieser Kongress die Überzeugung zu eigen, dass sozialer Fortschritt menschlicher Fortschritt in demokratischer Ordnung sein muss und in Diktaturen, gleich welcher Führung, auf die Dauer unmöglich ist. In diesem Sinne ist sozialer Fortschritt letztlich nicht von der Freiheitsidee zu trennen.

So wird dieser Kongress der Internationalen Vereinigung für Sozialen Fortschritt in Berlin über die fachlichen Ergebnisse hinaus seine nachhaltigen Wirkungen haben und die Lösung zukünftiger Aufgaben befruchten. Sozialer Fortschritt, soziale Sicherheit und Gerechtigkeit sind heute nicht mehr begrenzt in den Rahmen nur der Sozialpolitik zu stellen; sie sind zu gewichtigen politischen Faktoren im internationalen Spannungsfeld und zu notwendigen Voraussetzungen für den Frieden in der Welt geworden.

Vorausschauende Planung

sp.- Kluge und weit vorausschauende Planungen und ein vertrauensvolles Zusammengehen zwischen dem Hamburger Bürgermeister Dr. Neumann sowie dem niedersächsischen Ministerpräsidenten Kopf haben die Zukunft eines Hamburger Tiefwasserhafens am Elbeausgang im Wattenmeer gesichert. Hamburg kann nun daran gehen, detaillierte Pläne für seinen Vorhafen aufzustellen, während das niedersächsische Cuxhaven mit dem Hafen für die Hochseefischerei gleichfalls einen Schritt nach vorn tun kann. Der Staatsvertrag zwischen Niedersachsen und Hamburg stellt darüber hinaus unter Beweis, dass die Glieder eines Bundesstaates durchaus in der Lage sind, zukunfts-trächtige Aufgaben zu lösen.

Einstimmig hat die Hamburger Bürgerschaft den Staatsvertrag mit Niedersachsen gebilligt, der damit Gesetzeskraft erhalten hat. Der Plan zwei zum Staatsvertrag legt nach dem Artikel zwei ein Gebiet fest, das um die bedeutungslosen Watteninseln Scharhorn und Neuwerk im Wattenmeer liegt, aber an ein Fahrwasser grenzt, das eine Tiefe von über zehn Metern aufweist und damit für Superschiffe bis zu 100 000 Tonnen benutzbar ist.

Hamburg wird nunmehr vor allem mit der holländischen Nordseehäfen wieder einmal besser konkurrieren können. Eine gute Arbeitsteilung zwischen dem eigentlichen Hamburger Hafen und dem neuen Superhafen am Elbeausgang ist zu erwarten. Der Bau des Vorhafens wird eine Gross-tat der Ingenieurkunst bedeuten, denn bisher sind so gut wie nirgends in der Welt im Bereich der Gezeiten riesige Hafendoker, Molen und Umschlagsanlagen entstanden. Die erste Bauaufgabe des Vorhafens soll rund 250 Millionen DM verschlingen und hier wird Hamburg sicher noch nachdrücklich an die Bundeshilfe appellieren müssen.

Hoheitsrechte, die Hamburg bis jetzt über den niedersächsischen Fischereihafen Cuxhaven innehatte, werden an Niedersachsen aufgrund des Staatsvertrages übertragen. Damit kann man auch die Pläne für Cuxhaven verwirklichen, die der deutschen Hochseefischerei zugute kommen werden. Cuxhaven ist der deutsche Fischereihafen, der am weitesten vorgeschoben an der freien Nordsee liegt. Das ist deshalb von Bedeutung, weil sich die ergiebigen Fangplätze immer weiter nach Norden an die Grenze des Polarmeeres verschoben haben. Cuxhaven als Standort von Hecktrawlern wird somit immer grössere Bedeutung erlangen.

+ + +

Verantwortlich: I.V. Albrecht Exler